

83. Sitzung des Bundesrates vom 30. November 1948.

Vorsitz: Herr Celio.

Abwesend: ---

Schriftführer: Dr. Oser und Weber.

Beginn: 09 Uhr 10 Schluss: 13. Uhr 15.

1. Geschäfte mit schriftlichen Anträgen:

Politisches Dept.: Commission permanente de conciliation
entre la Suisse et le Danemark

Ernennung Isidore Sembini als Vize-
konsul in Toronto.

Bauer Gérard, nomination en qualité de
Délégué permanent auprès de l'Org. europ.
de coop. économique.

Justiz- und Polizeidept.: Bericht über Landesverratssachen.

Wahl des Bundesanwaltes.

"Neue Politik" Kleine Anfrage Eggenberger.

Militärdepartement: Tankbauprogramm.

Begnadigungsgesuch Münster Marg.

Finanz- und Zolldept.: Staatsrechnung 1948, Richtlinien und
Termine.

Revision Art. 39 BV.

Volkswirtschaftsdept.: Kleine Anfrage Tenchio.

Förderung der Vorratshaltung.

Nothilfe für Arbeitslose.

SUVAL. Neuwahl des Verw. Rates.

Post- und Eisenbahndept.: PTT traitement de M. Möckli, directeur des
TT. Verschiedene Beförderungen.

2. Umfrage:

Motion Leupin: Der Präsident teilt mit, dass die Behandlung
im Einverständnis mit den Fraktionspräsidenten auf die März-Ses-
sion verschoben werden kann.

Beitritt der Schweiz zur UNESCO.

Hr. Petitpierre: Es stellt sich die Frage, ob wir den Be-
schluss dem fakultativen Referendum unterstellen sollen. Dazu
müssten wir eine Auslegungsakrobatik betreiben, denn der Wort-
laut der Verfassung spricht dagegen.

Hr. von Steiger: Wir müssen unsere Linie einhalten. Wir soll-
ten die Auffassung Petitpierre unterstützen ohne grosse Geschich-
ten zu machen.

Hr. Petitpierre: Es handelt sich um ein Abkommen, das wir
jederzeit kündigen können.



Hr. Bundespräsident: Wir halten, wie Herr Petitpierre festgestellt hat, am besten an der bisherigen Auslegung fest.

Interpellation zum Fall Mutzner.

Hr. Nobs: Wenn keine grundsätzliche andere Auffassung über die Beantwortung besteht, dann bitte ich um Bekanntgabe der Abänderungswünsche, damit der definitive Text erstellt werden kann.

Man wird noch darauf hinweisen, dass wir oft andere Meinungen haben als unsere Chefbeamten und dass diesen Beamten immer reichlich Gelegenheit geboten ist, sich zu äussern.

Herr Stampfli hat manchmal im Bundesrat auch die abweichenden Meinungen seiner Fachbeamten erwähnt. Im Falle Mutzner lag eine gewisse Tücke darin, dass er seine Broschüre den Mitgliedern des Bundesrates erst zwei Tage vor der parlamentarischen Behandlung zugeschickt hat. Herr Bundespräsident Celio ist in die Ständeratssitzung gegangen, ohne Kenntnis der Broschüre.

Hr. Bundespräsident: Hr. Mutzner hat mir geschrieben, dass er eine Broschüre unter dem und dem Namen herausgegeben habe. Ich nahm an, dass damit die Vorlage des Bundesrates unterstützt werde und habe erst in den eidg. Räten erfahren, dass die Broschüre gegen die Vorlage gerichtet sei.

Hr. von Steiger: Es war eine Art Tücke dabei. Er hat aus dem Hinterhalt den Kampf geführt. Hier gehe ich mit den Gutachten nicht ganz einig. Wenn ein Beamter direkt an die eidgenössischen Räte gelangt ohne den Bundesrat zu avisieren, so geht er gegen den Bundesrat los.

Hr. Kobelt: Man darf nicht sagen: "Herr Mutzner hat nie positive Vorschläge gemacht." Im Stadium der internen Behandlung der Vorlage hat er wahrscheinlich nie Stellung genommen. Beim Entwurf der Antwort auf das Postulat Grimm hat Mutzner schon die Theorie vertreten, die er zum Gegenstand seiner Schrift gemacht hat.

Hr. Nobs: Wir wollen das korrigieren.

Hr. Bundespräsident: Das "nie" muss gestrichen werden. Während meiner Periode beim Post- und Eisenbahndepartement hat er es nie gemacht.

Hr. Kobelt beantragt verschiedene Streichungen.

Hr. Petitpierre: Es heisst in der Antwort: "Es steht ihm frei, sich an den Gesamtbundesrat zu wenden". Ich kann mir nicht vorstellen, dass sich ein Abteilungschef über den Kopf des Departementschefs hinweg direkt an den Gesamtbundesrat wendet. Ich habe eine andere Formulierung angeregt. Die abweichende Meinung der Abteilungschefs soll im Bundesrat nicht unterschlagen werden.

Hr. Nobs: Ich möchte immerhin sagen, dass er in der äussersten Gewissensnot an den Bundesrat hätte gelangen können.

Hr. Petitpierre: Zwei Gedanken sollten unterstrichen werden. 1. Neben den gesetzlichen Vorschriften hat es noch Taktvorschriften ohne deren Beachtung die Zusammenarbeit unmöglich wird. 2. Wenn das Vorgehen von Herrn Mutzner Schule machen würde, hätte man die Anarchie.

Hr. von Steiger: Jeder Kanton hat in diesen Fragen seine eigene Auffassung: Basel, Zürich und Genf übertreiben die Freiheit des Individuums etwas gegenüber dem Ordre Publique. Das hat auch auf das Gutachten einen gewissen Einfluss gehabt.

Hr. Kobelt: Der ganze Fall ist präjudiziell für verschiedene andere Fälle. Er erwähnt den Fall des Chefs des Sanatoriums Montana, der den bundesrätlichen Vorschlag bei der Militärversicherung auf 85 % zu gehen, als unvermünftig bezeichnet und 100 % empfiehlt.

Hr. Nobs erwähnt, dass Herr Direktor Zipfel gegen das Finanzdepartement Stellung genommen hat. Er treibe das weiter und habe in einem amtlichen Blatte gegen die Preisverbilligung geschrieben. Direktor Reinhard hat mit allem sympathisiert was Mutzner betraf. Wenn die Stellung der hohen Beamten zu stark unterstrichen wird, dann wird die Bürokratie regieren.

Hr. von Steiger: Es ist unsere Aufgabe, die Linie der Verwaltung und des Bundesrates festzulegen.

Hr. Bundespräsident: Warum hat mich die Kommission kein einziges Mal im Falle Mutzner gefragt?

Hr. von Steiger: Ich begreife, dass die Kommission den Departementschef nicht einvernommen hat, aber sie hätte ihn fragen können. Wir müssen den Schlusssatz ändern.

Beschluss: Die Antwort wird bereinigt.

Aufhebung der beiden Pferdeanstalten.

Hr. Kobelt: Im sog. Planbuch haben wir das in Aussicht genommen. Wir wollen den Budgetposten von 14 Millionen auf die Hälfte reduzieren. Die Artillerie ist in ein oder zwei Jahren voll motorisiert; für die bisher berittenen Offiziere brauchen wir keine Pferde mehr. Die Pferderegianstalt ist nicht mehr nötig. Das Personal wurde nur provisorisch wiedergewählt mit der Möglichkeit auf 3 Monate zu kündigen.

Der Abbau soll 2 Jahre dauern. Für den Abbau ist massgebend, dass das Remontendepot seine Aufgabe weiter behält, während die Aufgabe der Regieanstalt zurückgeht.

In Bern hat es zudem Stallungen für 2300 Pferde, während in Thun nur 400 Pferde Platz haben.

Deshalb ist das Remontendepot beizubehalten, während in Thun der Platz für die Motorfahrzeuge benötigt wird.

An sich wäre das Departement zuständig. Wir möchten aber, dass der Bundesrat zustimmt.

Der Bundesrat beschliesst Zustimmung, nachdem Hr. Kobelt die Frage von Herrn Rubattel, welchen Einfluss die Aufhebung auf die einheimischen Pferde haben werde, beantwortet hat. Wir brauchen noch Pferde für Truppentrain und verschiedene weitere Fälle (Hufschmiedekurse); auch hier werden Bundespferde gebraucht.

3. Politische Fragen.

Europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Hr. Petitpierre: Es stellt sich neuerdings die Frage meiner Teilnahme an einer Sitzung. Herr Minister Burckhardt hat es bedauert, dass ich mich bisher von allen diesen Sitzungen ferngehalten habe.

- 4 -

Ich bin der Meinung, dass es auf die Länge nicht mehr angeht, dass ich den Sitzungen dieser Organisation ständig fern bleibe. Mit unserer Neutralität hat die Frage nichts zu tun. Wenn wir uns auf die Tradition berufen, dass die Bundesräte nicht in offiziellen Missionen ins Ausland gehen, dann wird uns das je länger je mehr nur als Vorwand ausgelegt. Selbst wenn diese Tradition wirklich bestehen würde, so haben die internationalen Beziehungen heute Formen angenommen, die sie früher nicht hatten. Es ist ein Vorteil, wenn man hie und da mit den auswärtigen Staatsmännern Fühlung nehmen kann. Wir sind heute in einer Situation, die in keiner Art und Weise mit derjenigen von 1939 zu vergleichen ist. Unsere nationalen Probleme sind eng mit den europäischen Problemen verbunden. Wir müssen versuchen, aus einem zerstörten Europa wieder ein blühendes Europa zu machen; wir werden in einem blühenden Europa unsere Unabhängigkeit viel besser wahren können. Die europäische Wirtschaft muss wieder ins Gleichgewicht kommen und dazu können wir auf dem wirtschaftlichen und kulturellen Gebiet viel beitragen. Die Teilnahme an der wirtschaftlichen Zusammenarbeit ist auch in unserem Interesse. Es handelt sich sogar um eine Notwendigkeit für unsere Wirtschaft. Die Tendenz, sich immer auf der Seite zu halten wird immer unhaltbarer und wir haben es ständig schwerer, unseren Neutralitätsstandpunkt zu verteidigen.

Die Mitarbeit kann uns nichts schaden, auch bei den Oststaaten nicht. Wir dürfen uns keinen Illusionen hingeben. In den kommunistischen Ländern hält man uns schon längst nicht für neutral, sondern für ausgesprochene Antikommunisten.

Wir wenden unsere Neutralität politisch und militärisch weiter an. Ebenso wahren wir die wirtschaftliche Neutralität. Diese Neutralität gestattet uns aber auch, aktiv am Wiederaufbau mitzuwirken.

Die Zusammenkunft für die europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit im Januar ist sehr günstig. Es handelt sich nicht um eine Vollversammlung. Es ist eine ausgezeichnete Gelegenheit um unsern Standpunkt zu vertreten und zu erklären. Wir werden es damit sicher später auch im einen oder andern Fall wieder leichter haben, zu einer Einladung nein zu sagen.

Hr. Nobs: Im Grundsatz möchte ich diesen Darlegungen zustimmen. Immerhin empfiehlt sich eine gewisse Zurückhaltung. Eine grundsätzliche Stellungnahme ist viel schwieriger, als ein Entscheiden von Fall zu Fall. Es hat nicht ein eigentlicher Grundsatz bestanden, dass ein Bundesrat nicht ins Ausland gehen soll, aber eine grosse Zurückhaltung. Der Bundesrat sollte jedenfalls immer über alle offiziellen Reisen ins Ausland orientiert werden. Zusammenfassend möchte ich sagen, man sollte öfters als bisher unsere Interessen bei internationalen Organisationen durch ein Mitglied des Bundesrates vertreten lassen, aber der Bundesrat sollte in jedem einzelnen Fall dazu Stellung nehmen.

Hr. Etter: Ich teile die Auffassung, dass wir von Fall zu Fall entscheiden sollen und nicht prinzipiell.

Ich habe die Auffassung, dass die Mitglieder des Bundesrates und speziell der Chef des Politischen Departementes mehr ins Ausland gehen sollten auf Auslandsreisen und für Ferienaufenthalte.

Etwas anderes ist es mit der Teilnahme an Sitzungen von internationalen Organisationen. Da bin ich nach wie vor zurückhaltend. Herr de Weck schreibt in seinem Bericht, dass Graf Sforza zu ihm gesagt habe, dass sich aus der wirtschaftlichen Zusammenarbeit eine militärische und politische entwickeln werde. Herr Minister Zurlinden berichtet immer wieder darüber, wie die verschiedenen russischen Leute immer wieder die Frage unserer Neutralität aufwerfen. Sie fragen, ob die Schweiz der Linie der Neutralität treu bleiben wird. Deshalb müssen wir uns ernstlich fragen, wie weit wir mit dem Engagement auf einer Seite gehen können. Auch alles, was die wirtschaftliche Zusammenarbeit betrifft, wird als Blockbildung betrachtet. Unsere Zurückhaltung ist doch im Osten beachtet worden.

Wir sollen unserm Aussenminister alle Möglichkeiten lassen, ins Ausland zu gehen. Aber mit der Teilnahme an Sitzungen von internationalen Organisationen wäre ich zurückhaltend. Er sollte nicht während der ganzen Session dabei sein, sondern zurückhaltend bleiben.

Die Stellungnahme unserer Minister im Ausland ist mir nicht massgebend, denn sie sind dem Milieu zu stark ausgesetzt.

Hr. von Steiger: Wir müssen unterscheiden zwischen unserer Neutralität und unserer Neutralitätspolitik. Ich sehe keine konkreten Beweise dafür, warum Herr Petitpierre im Januar dabei sein muss. Ich habe nur den Eindruck, dass man mit ihm Staat machen will. Man will unsern Aussenminister dabei haben, um sagen zu können, sehen sie, jetzt machen diese auch mit. Man muss nur die Rede von Herrn Spaak am belgischen Sozialistentisch mit den dort entwickelten aussenpolitischen Zielen verfolgen. Wenn sich die Engländer vorsichtiger benehmen, will das nicht viel heissen. Im Interesse der Schweiz ist daher grösste Zurückhaltung am Platz. Wenn Herr Petitpierre nach Paris gehen will, um einzelne bestimmte Fragen zu besprechen, liegt der Fall anders, als wenn es darum geht, mit ihm Staat zu machen. Im letzteren Fall geht es um ganz andere Ziele. Wir kennen die Folgen einer Teilnahme nicht. Darum mache ich in der Frage der Teilnahme an einer Sitzung alle Vorbehalte. Mit einer Reise zur Re-^{darüber}gliebung klarer Fragen könnte ich mich einverstanden erklären.

Hr. Kobelt: Ich bin der Meinung, dass private Reisen ins Ausland durchaus möglich sein sollen. Bei den offiziellen Reisen ist äusserste Zurückhaltung geboten. Man sollte nur dann gehen, wenn eine wirkliche Notwendigkeit besteht. Die Teilnahme an solchen Konferenzen wird verschieden ausgelegt. Wenn einmal angefangen wurde, wird es ein anderes Mal schwieriger sein "nein" zu sagen. Was die Frage des Verständnisses für unsere Neutralität betrifft, so habe ich den Eindruck, dass dieses Verständnis eher gewachsen ist. Ich habe gestern mit Herrn Noderow gesprochen, der mir erklärt hat, dass er jetzt den Standpunkt der Schweiz verstehe.

Hr. Rubattel: Grundsätzlich kann man die Kontaktnahme nicht verbieten. Die Wahl der Konferenzen, an denen man teilnehmen kann, ist schwierig. Wenn Herr Petitpierre an ^{der} einer oder andern Sitzung teilnimmt, wird es später vielleicht schwierig sein, zu sagen, wann man nicht teilnehmen will. Es wird sich deshalb mehr um Entscheidungen im Einzelfall handeln, als um einen grundsätzlichen Entscheid. Wir müssen jedesmal wieder

- 6 -

- prüfen, ob es gut ist, wenn er geht. Auch die Abwesenheit kann
- uns fast die gleichen Nachteile bringen.

Die Berichte von Herrn Zurlinden sind etwas optimistisch. Wir werden sicher im Osten als Gegner des Kommunismus aufgefasst. Die Vermehrung der internationalen Organisationen kann natürlich auch andere Bundesratsmitglieder dem Risiko aussetzen, an einer Konferenz im Ausland teilnehmen zu müssen.

Meiner Meinung nach besteht ein Interesse, dass unser Aussenminister hie und da an solche Konferenzen geht. Die Einzelfälle müssen wir aber mit Vorsicht auswählen.

Hr. Bundespräsident Celio: Es wurden zwei Auffassungen vertreten. Herr Etter, Herr von Steiger und Herr Kobelt sind gegen die Teilnahme an Sitzungen internationaler Organisationen im Ausland. Herr Nobs und Herr Rubattel vertreten dagegen den Standpunkt, dass man jeden Einzelfall prüfen müsse, dann aber eine Teilnahme möglich sein sollte. Ich teile diese Auffassung. Diese Fälle sollten sehr selten sein. Ich halte es aber doch für wertvoll, wenn unser Aussenminister hie und da dabei ist. Er kann feierlich feststellen, welches der Standpunkt der Schweiz ist. Ich glaube, dass es richtig ist, wenn er gelegentlich anwesend ist, aber dann mit aller Bestimmtheit den Standpunkt der Schweiz vertritt. Ein Argument, das eine grosse Rolle spielt, ist das, dass die Schweiz im Völkerbund Kontakt mit allen diesen Leuten hatte. Diesen Kontakt haben wir heute nicht mehr. Wenn man hie und da solche Gelegenheiten wahrnimmt, dann kann die Anwesenheit sehr nützlich sein. Was die Kommission für wirtschaftliche Zusammenarbeit anbetrifft, kann man sagen, dass es richtig ist, wenn einmal die Stellung der Schweiz durch den Aussenminister bekanntgegeben wird.

Was die offiziellen Reisen betrifft, stelle ich fest, dass wir damit alle einverstanden sind.

Hr. Petitpierre: Ich verstehe den Standpunkt der Herren, die gegen eine Teilnahme an diesen Sitzungen internationaler Organisationen sind. Ich nehme gewiss nicht gerne an solchen Konferenzen teil. Ich fürchte, dass wir mehr und mehr die Tendenz, eine politische Organisation zu schaffen, werden bekämpfen müssen. Am schlimmsten wird es für uns werden, wenn wir austreten müssten wegen der politischen Tendenzen, die die Organisationen annehmen könnten. Hier können wir eine bestimmte Haltung einnehmen. Die Idee des irischen Ministers hätte widerlegt werden können, wenn ein schweizerischer Minister da gewesen wäre. Gerade die Gedanken Sforzas bestärken mich in der Auffassung, dass wir klare Stellung beziehen müssen. Die Neutralität der Schweiz hilft heute vor allem der russischen Politik. Für Russland ist die Neutralität eines Landes mit einer intakten Armee von grossem Interesse. Wir sollten auch aus diesem Grunde unsern Standpunkt vertreten. Es handelt sich im Januar nicht um eine längere Session, sondern um eine Sitzung von einem Tag. Ich bin einverstanden, den Bundesrat in jedem einzelnen Fall zu fragen.

Was die Neutralität betrifft, habe ich das Gefühl, dass man uns heute besser versteht.

Wir sollten die Angelegenheit später nochmals auf die Tagesordnung nehmen und den Fall meiner Teilnahme an der Januarsitzung der Kommission für wirtschaftliche Zusammenarbeit nochmals besprechen.

Hr. Rubattel: Wichtig ist auch die Frage der Reaktion des schweizerischen Publikums. Es wäre gut, das Publikum etwas vorzubereiten. Man könnte sich auch fragen, ob ein anderes Mitglied gehen sollte. Ich glaube aber, dass es absolut klar ist, dass der Chef des Politischen Departementes gehen muss. Die wirtschaftlichen Probleme lassen sich erst lösen, nach der Lösung der politischen Probleme. Der Chef des Politischen Departementes sollte gehen.

Hr. Bundespräsident Celio: Auf alle Fälle scheint mir festzustehen, dass der Bundespräsident nicht an solche Konferenzen gehen darf.

Herr Kobelt: Was würde man wohl für Schlüsse ziehen, wenn der Chef des Militärdepartementes gehen würde? Ich habe schwere Bedenken.

Hr. von Steiger: Wir haben die Pflicht, unsere Vereinbarungen auch mit bezug auf den Marshallplan zu erfüllen. Ich glaube aber, dass man jetzt eine andere Etikette von uns haben will.

Herr Bundespräsident Celio: Mehrheitlich wären wir somit der Meinung, dass man in der Regel nicht an solche Konferenzen gehen sollte, dass man aber in Einzelfällen Ausnahmen machen kann.

Verlängerung des Waffenausfuhrverbotes.

Hr. Nobs: Ich habe mir noch Exportzahlen zusammenstellen lassen. Transporte, die für Venezuela bestimmt waren, sollen in Marseille für Palästina umgeleitet worden sein für beide Parteien. Frankreich will in Zukunft sehr streng sein. Man gedenke künftig, die Regierung des Bestimmungslandes zu verpflichten, einen Betrag zu deponieren, der erst ausbezahlt wird, wenn die Lieferung im Bestimmungsland ankommt. Ich fürchte sehr, dass die Aufhebung des Verbotes unsere öffentliche Meinung beunruhigen wird. Das Communiqué beseitigt diese Befürchtungen nicht. Ich hätte gerne gehabt, wenn man uns die Kautelen, die getroffen werden sollen, näher erklärt hätte, um zu wissen, ob unser Gewissen vollauf beruhigt sein könne. Ich habe unlängst gelesen, dass ausser Bülle niemand für den Export in Frage komme.

Hr. Etter: Auch ich möchte auf eine Zurücklegung tendieren. Zwei Interessenkomplexe, derjenige der Neutralitätspolitik und der der Landesverteidigung, stehen sich gegenüber. Wir sind für viele neue Waffen aufs Ausland angewiesen. Im Hinblick auf die grosse Umstellung in der Kriegführung wäre es gefährlich, unsere Waffenschmiede lahm zu legen. Ich möchte dem Entwurf des EMD zustimmen. Das, was auf Seite 2 des Communiqués steht, ist aber ein Widerspruch dazu. Der Entwurf des EMD steht eindeutig auf dem Boden der Verfassung. Die öffentliche Meinung wird aber weitgehend durch pazifistische Kreise orientiert. Im Hinblick auf allfällige mögliche Reaktionen frage ich mich, ob wir die Sache nicht den parlamentarischen Militärkommissionen und den Kommissionen für auswärtige Angelegenheiten unterbreiten wollen. Dann hätten wir breiteren Boden. Ich stimme eher der Auffassung des EMD zu.

Hr. Kobelt: Es handelt sich um zwei Fragen. Einmal um die Revision der Verordnung. Hier hat das Politische Departement zugestimmt.

Neben der VO hat aber der Bundesrat ein generelles Waffen-
ausfuhrverbot erlassen. Wir glauben, dass die VO genügt und
dass daneben das Verbot nicht nötig ist.

Hr. von Steiger: Für mich ist der Tatbestand noch nicht
ganz abgeklärt. Nach der Darstellung des Politischen Departementes
geht es nur um Bürle. Wir sollten wissen, ob noch andere
Fabriken daran interessiert sind, dass das Verbot aufgehoben
wird. Das Publikum müsste viel eingehender auf die Bedeutung
des Verfassungsartikels aufmerksam gemacht werden. Schon aus
der Zeit des Vorgängers von Herrn Kobelt glaubte ich, dass es
eine Existenzbedingung für die Fabriken, die unsere Waffen er-
zeugen, sei, exportieren zu können.

Hr. Kobelt: Hier liegt ein Fall vor, wo das Militärdepartement
nicht gleicher Meinung ist wie der Chef der KTA. Wichtig
sind für uns nicht in erster Linie die, die Waffen fabrizieren,
sondern die, die Waffen weiter entwickeln. Bürle wird durch das
Ausfuhrverbot am meisten betroffen. Daneben gibt es eine grosse
Zahl von Fabriken, die zivile Fabrikate erzeugen, die aber da-
neben Untersuchungen für den militärischen Bedarf angestellt
haben. Wenn diese Leute die militärischen Untersuchungen nicht
weiterführen, dann verlieren wir alle diese Möglichkeiten. Diese
müssen ausführen können, damit sie ein Interesse an den Unterneh-
mungen haben. Wir hatten eine Aussprache mit der Militärkommission
und der Kommission für auswärtige Angelegenheiten.

Ich verstehe die Bedenken des Politischen Departementes.
In den konkreten Fragen haben wir uns immer verständigt. Wir
wollen keine unbeschränkte Ausfuhr. Wir werden sie immer ver-
weigern nach Ländern, wo Kriege bestehen oder in Aussicht stehen.
Die Verfassung verlangt, dass eine Bewilligung für die Ausfuhr
zu erteilen sei. Ist es verfassungsmässig, wenn wir statt dessen
ein Verbot erlassen?

In der Oeffentlichkeit besteht die Auffassung, dass ein
allgemeines Waffenausfuhrverbot bestanden habe, während sich
das Verbot nur auf einen Teil des Kriegsmaterials bezog. Die
Frage ist nun, wie man die Oeffentlichkeit orientiert. Wenn wir
jetzt das Verbot nicht aufheben, dann können wir es überhaupt
nie machen.

Hr. Petitpierre: Weder das EMD noch das Politische Departement
haben ein Interesse an der Aufhebung. Die Mehrheit der Fa-
briken beklagt sich nicht wegen der heutigen Regelung. Der ein-
zige, der sich beklagt, ist der Herr Bürle. Er möchte Versuche
machen für eine Fliegerabwehrwaffe. Diese Versuche werden noch
Jahre dauern. Ist es nötig, in einem Zeitpunkte, wo alle erklären,
die jetzige Lösung sei befriedigend, diesen BRB aufzuheben? Auf
Grund aller Unterlagen, die ich habe, handelt es sich um eine
Pression von Bürle. Das Waffenausfuhrverbot ist nicht so absolut
wie man glaubt. Ist es nötig, in der Oeffentlichkeit eine solche
Aufregung hervorzurufen? Man kann sich fragen, ob die Waffen in
Nicaragua oder in Venezuela eintreffen, man kann sich auch fragen,
ob ein Interesse besteht, Instrumente an Polen zu liefern, um
Studien über die Kernenergie treiben zu können. Es ist nach allem
besser, wenn wir die Besprechung verschieben.

Hr. Bundespräsident: Wie stellt sich das Politische Departement
zum Eventualantrag des EMD?

Hr. Petitpierre: Ich bin auch gegen den Eventualantrag. Ich bin der Meinung, dass das Verbot aufrecht erhalten bleibt, aber mit den bisherigen Möglichkeiten von Ausnahmen.

Hr. Kobelt: Das Verbot steht im Widerspruch zur Bewilligungspflicht der Bundesverfassung und der darauf beruhenden VO.

Hr. Rubattel: Wir haben einen BRB, der das Verbot ausspricht, mit gewissen Ausnahmen, und eine VO, die grundsätzlich die Ausfuhr gestattet, aber von einer Bewilligung abhängig macht. Die Frage der Verfassungsmässigkeit spielt sicher eine grosse Rolle. Ebenso haben wir ein Interesse daran, dass unsere Fabriken weiter für uns Waffen entwickeln und fabrizieren. Wir riskieren, dass eine oder andere Fabrik diese Arbeit einstellt. Was mir aber gefährlich erscheint ist die politische Seite. Wenn man auf irgendeinem Kriegsschauplatz schweizerische Waffen finden würde, könnte uns das sehr schaden.

Besteht ein Interesse daran, zwei sich widersprechende Regelungen zu haben? Man sollte den BRB verlängern und daran gewisse Aenderungen treffen.

Hr. Bundespräsident: Es ist gefährlich, wenn wir zugeben, dass die Waffenausfuhr in einem Zusammenhang steht mit der Neutralitätspolitik. Diese Meinung darf nicht aufkommen. Wenn wir selbst der Ausfuhr den Charakter der Neutralitätswidrigkeit geben würden, was würden dann die andern sagen. Hat einmal ein Land reklamiert wegen der Waffenausfuhr? Sicher hat die Ausfuhr auch einen Einfluss auf die Arbeitsmöglichkeiten im Lande. Wir müssen am Grundsatz festhalten, dass wir das Recht zum Export haben, ohne damit unsere Neutralitätspolitik zu verletzen. Wenn das Schweizervolk das weiss, wird es auch den Bundesrat verstehen. Ich würde den BRB beibehalten, aber Art. 2 ändern.

Hr. Nobs: Ich glaube, dass Oeffentlichkeit eine Orientierung braucht. Ich verstehe nicht, warum wir Beschluss aufheben wollen.

Hr. Etter: Man soll uns nochmals den geltenden Beschluss zustellen und den Brief der KTA.

Hr. Kobelt: Man soll diesem Brief nicht eine Bedeutung beimessen, die er nicht hat.

Hr. von Steiger: Die Frage der Verfassungsmässigkeit ist ganz klar. Ich möchte nur wissen, wie wir ein Verbot weiter begründen wollen. Wie kann man die Fortsetzung des Ausnahmezustandes begründen?

Hr. Etter: Wir sollten noch einen Brief der Generalstabsabteilung erhalten, der sich mit den Aussagen der KTA auseinandersetzt.

Beschluss: Der Entscheid wird verschoben.

Fortsetzung der Umfrage.

Es wird ferner beschlossen, die Angelegenheit "Rimini" am Freitag zu behandeln.

Fleischpreis und Index.

Hr. Nobs: Der Direktor der Finanzverwaltung hat mich über die Sitzung der sozialstatistischen Kommission instuiert, die am Index künstelt. Im Fleischsektor soll der Preis für 15 kg Gefrierfleisch eingesetzt werden, was bewirkt, dass der Index sinkt. Dagegen muss im Brotsektor dem gesteigerten Weissbrotkonsum Rechnung getragen werden, das bewirkt Steigen um drei Punkte, zuletzt ergibt die Bilanz ein Steigen um 1,3 Punkte. Wir sollten diese Indexveränderungen verhindern, sonst kommen wir wieder ins Springen hinein.

Hr. Rubattel: Die Fleischpreise haben sich laut Nachrichten aus Zürich bereits gesenkt. Die Fleischgeschichte wird dem Index keinen Auftrieb geben. Man wollte die Situation ausnutzen, um den Bundesrat zu veranlassen, die Subvention für die Preisstützung aufzuheben. Hr. Iklé war damit einverstanden, dass der Preis für Gefrierfleisch gesenkt wird. Es handelt sich um ein Zwischenstadium, das sich bald stabilisieren wird. Die internationale Lage weist eine Baissetendenz für die Fleischpreise auf. Im Januar oder spätestens März werden wir wieder am Ausgangspunkt angelangt sein. Wir geben uns alle Mühe, die Lage zu verbessern. Der Fleischkonsum ist bereits um 30 % zurückgegangen. Wir können die fleischlosen Tage wieder einführen. Wir können den Preis für Gefrierfleisch senken. Ebenso können wir die Preise für Fette und Öle senken. Durch die Wahl Trumans ist der Getreidepreis sofort gestiegen.

Ich bin kein Freund der Preisstützungsmassnahmen. Das einzige, was mich dazu bestimmen könnte, wäre das Steigen des Indexes.

Was den Index betrifft, so ist die Steigerung um 1,3 Punkte normal. Die Organisationen, die an der Sitzung teilnahmen, teilten diese Meinung. Zwei haben sich der Stimme enthalten. Die Erhöhung des Indexes ist der Erhöhung des Fleischpreises und der Vermehrung des Weissbrotkonsums zuzuschreiben. Sollen wir vom Bunde aus intervenieren um den Index zu senken?

Hr. Nobs: Ich bin einverstanden, dass die Angelegenheit noch geprüft wird. Der Bundesrat soll nochmals zur Sache Stellung nehmen.

Hr. Rubattel: Ich werde in der Angelegenheit die Initiative ergreifen.

Wahl des Verwaltungsrates der Suval.

Hr. Etter: Von den 40 Mitgliedern des Verwaltungsrates gehören nur 4 der konservativen Richtung an. Das ist ein offensichtliches Missverhältnis.

Hr. Rubattel: Wir können im ganzen 8 Mitglieder bestimmen. Eines ist ein Jurist, zwei sind Mediziner, die Spezialisten sind etc. Wir werden, wenn es Lücken gibt, mit Herrn Etter Rücksprache nehmen.